Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 76 (1982)

Heft: 7-8

Artikel: Aufgaben kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit : christliche Bewegung statt amtskirchliche Institution

Autor: Strahm, Rudolf H.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142997

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUDOLF H. STRAHM

Aufgaben kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit

Christliche Bewegung statt amtskirchliche Institution*

Vor zehn, zwölf Jahren habe ich in der bernischen Landeskirche als Sekretär von «Brot für Brüder» mitgewirkt. Und während eines Jahrzehnts habe ich in mehreren nationalen und internationalen Entwicklungsorganisationen gearbeitet. Aus diesem persönlichen Engagement, und nicht aus einer bestimmten Doktrin heraus, auch nicht als Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, möchte ich meine Legitimation ableiten, ein bißchen als Mahner gegenüber kirchlichen Hilfswerken aufzutreten.

Welcher Beurteilungsmaßstab?

Ich würde es ablehnen, die Arbeit der Hilfswerke an irgend einer *Doktrin* zu messen, etwa an einer marxistischen Analyse, an der Abkoppelungstheorie, an der Dependenztheorie oder ähnlichem. Ich würde es aber auch ablehnen, die Hilfswerke und Kirchen nur aufgrund ihrer *rhetorisch-deklamatorischen Parteinahme* für die Dritte Welt zu werten. Wer, welche Kirche würde sich heute nicht zur Entwicklungshilfe bekennen und für die Armen eintreten? Solche abstrakten Sprüche kosten nichts, aber sie bewirken auch nichts. Sie verwässern nur das Engagement und «ersäufen das Recht im Mistloch der Gnade», wie sich Pestalozzi treffend ausdrückte.

Ich werde bei der Beurteilung die konkrete Arbeit anschauen, nicht die Deklamationen. Für mich zählt die politische Parteinahme für die Aermsten und Unterdrückten im *konkreten* Bezug, im tagespolitischen Entscheidungszwang.

Wenn wir für die Armen und Unterdrückten Stellung nehmen wollen, müssen wir eine gefährliche, sündhafte Täuschung vermeiden: Wir können uns nicht auf irgendeinen Meinungskonsens in unserem Lande berufen, auf eine wie auch immer definierte Mehrheitsmeinung oder auf einen Volkskirchen-Konsens. Denn in unserem

---

* Referat an der Tagung «Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit in den achtziger Jahren» vom 13./14. März 1982 in Gwatt, organisiert von der Kommission für Oekumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern.

Verhältnis zu den Armen gehören wir innerhalb der Weltgesellschaft zu einem extremen Flügel und die Mehrheitsmeinung in unserem Lande ist auch dementsprechend extrem.

Johannes Westermann, Kirchenratsschreiber und Gesamtleiter der kirchlichen Dienste im Kanton Zürich, hat die Kirche mit einem Baum verglichen, einem Baum mit vielen Zweigen, die alle am gleichen Stamm der Kirche wachsen. Er leitet aus diesem Bild zwingend die Folgerung ab, die Hilfswerke der Kirche müßten bei ihrer Arbeit und ihrer Verkündigung an den Stamm, das heißt an den kirchlichen Konsens gebunden sein. — Das Bild ist einleuchtend, aber trügerisch. Dieser Baum der Kirche steht auf dem Boden des Finanzplatzes Schweiz! Er steht auf dem Boden des reichsten Landes. Die Säfte, die er saugt, sind die Ideologien dieses Finanzplatzes. Deshalb kann nie der ganze Baum für die Armen blühen, höchstens der einzelne Zweig. Und die Zweige können es nur, wenn sie ihren Lebenssaft auch von anderswoher als aus dem helvetischen Boden saugen. Die gefährlichste aller Gefahren, die der Kirche droht, ist die, daß sie die Ideologie dieses Finanzplatzes aufsaugt und davon so durchtränkt wird, daß sie sich der Aneignung dieser Ideologie nicht einmal mehr kritisch bewußt wird.

Wir sind das reichste oder fast das reichste Land. Reichtum macht an sich schon extrem und hat ein extremes Bewußtsein zur Folge. Wir sind in einem Land, das sich in der internationalen Solidarität nicht besonders hervortut. Aber in der Wirtschafts*wirklichkeit* spielen wir in extremen Positionen mit, nämlich als unerbittliche Verteidiger der kapitalistischen Interessenlage. Weit über 20 Milliarden Franken Vermögen — legale Gelder oder Fluchtkapitalien — liegen aus den Entwicklungsländern (ohne Oelländer) auf dem Finanzplatz Schweiz. Und das mit der Rechtfertigung, «diese Länder sollten selber dafür sorgen, daß ihre Reichen das Geld nicht ins Ausland bringen müßten».

Der schweizerische Finanzplatz mit seinen Zehntausenden von Briefkastenfirmen und Holdinggesellschaften, mit 40 000 Tarnfirmen allein in Liechtenstein . . .

— ist der attraktivste aller Fluchthäfen für illegal oder ausbeuterisch angeeignete Vermögen der Eliten in der Dritten Welt
— spielt eine entscheidende Rolle in der Mechanik von Abhängigkeit und Unterentwicklung
— ist die größte Drehscheibe bei der Abnahme südafrikanischen Goldes
— ist eine Drehscheibe vieler getarnter Geschäfte der Atomproliferation bei der Umgehung des Atomsperrvertrags.

Bei den internationalen Verhandlungen über den *Technologietrans-*

fer für multinationale Konzerne spielt die schweizerische Delegation immer ganz extrem am konservativsten Flügel mit.

Im letzten Jahr haben alle europäischen Länder die Zahlungsbilanzhilfe an die *türkische Militärjunta* sistiert, einzig die schweizerische Regierung setzte — völlig unsolidarisch zu ganz Europa — ihre Finanzhilfezahlungen fort. Der Schweizerische *Delegierte für Handelsverträge,* Botschafter Klaus Jacobi, sagte wörtlich am Radio, ohne irgendwo einen Protest auszulösen: «Man kann nun nicht Handels- und wirtschaftliche Beziehungen mit humanitären Erwägungen verwässern» (DRS I am 5. März 1981).

Unsere ganze Gesellschaft ist einseitig gelagert, und so ist es auch unser politischer «Konsens». Die Regierung hat wahrscheinlich die Mehrheit des Volkes hinter sich, aber unsere ganze Gesellschaft nimmt in der Völkergemeinschaft eine so extreme Stellung ein, daß daraus folgt: Wer bei uns in der «Mitte» steht, wer die Volksmeinung zum Maßstab nimmt, wer sich auf die Volkskirche beruft, der ist im globalen Spektrum ein politisch Extremer. *Ein Hilfswerk mit Orientierung auf die Aermsten dieser Welt kann und darf gar nicht in der politischen «Mitte» stehen; es kann und darf sich nicht auf den volkskirchlichen Konsens berufen.*

Von der Bewegung zur Institution

Der entwicklungsorientierte Aufbruch in unseren Kirchen gegen Ende der sechziger Jahre war irgendwie geprägt vom Bewußtsein, daß die kirchliche Entwicklungsarbeit das Salz der Erde sein müsse, etwas Radikales, das unsere Wohlstandsgesellschaft aus ihrem Extrem zurückholen will. Zeichen dieses Aufbruchs war zum Beispiel 1970 die «Interkonfessionelle Konferenz Schweiz—Dritte Welt». Kirchliche Amtsträger setzten sich dort mit neuen Ideen, mit den damals Jungen auseinander. Die Konferenz war *offen* strukturiert, es waren *Ueberraschungen* möglich, es wurden *kreative* Gedanken eingebracht, zum Beispiel

— die Idee, einen *Informationsdienst Dritte Welt* (i3w) zu gründen
— die Denkanstöße zur *Fluchtkapitalfrage* und zur heutigen Bankeninitiative
— die *politischen* Forderungen für eine schweizerische Außenpolitik, lange bevor die Politiker ihre Nase in diese Richtung streckten
— viele schrecklich *unkonventionelle Ideen,* die seither Allgemeingut geworden sind.

Das war im Jahr 1970.

Heute ist es anders: Die meisten, ja fast alle, die damals in der Kirche diese Ideen einbrachten, arbeiten heute außerhalb. Irgendwie

schleichend, ganz langsam, sind viele Aktiven der ersten Stunde aus der amtskirchlichen Maschinerie hinausgeworfen worden.

Zehn Jahre später versuchten einige Funktionäre der Kirchen und Missionen eine neue Konferenz «Kirchen und Dritte Welt» zu organisieren. Dem Vernehmen nach haben sich die Interessenten mehrmals getroffen. Doch nach langem Beraten haben sie das Projekt für eine neue Konferenz um 1980 herum fallengelassen: Die treibenden Kräfte für solche neuen Impulse sind nicht mehr in den Kirchen tätig, obschon es in den Kirchen selber so viele entwicklungspolitisch beschäftigte Funktionäre gibt wie nie zuvor.

Auf der andern Seite sind außerhalb oder nur ganz am Rande der Kirchen neue Gruppierungen entstanden: Bürgerinitiativen, Solidaritätskomitees, Dritte-Welt-Läden. Im vergangenen Mai haben diese Gruppen im Kursaal Bern ein lebendiges *«Symposium der Solidarität»* durchgeführt. Ueber 3 000 Teilnehmer und über 100 Gruppen mit viel bunter Kreativität haben der entwicklungspolitischen Bewegung in unserem Lande neue Impulse gegeben, und dies trotz schmollend abseitsstehenden Hilfswerke-Funktionären, die zusehen mußten, daß ihre eigene Spenderbasis eben trotzdem teilnahm. Bei «Brot für Brüder» haben besonders auch die *personalpolitischen Eingriffe des Vorstandes des «Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes»* (SEK) zur Demobilisierung beigetragen. Der vom SEK eingesetzte Präsident des Schweizerischen Aktionskomitees «Brot für Brüder» hat heute noch nicht begriffen, daß er beim Wechsel von seinem Posten als freisinniger St. Galler-Politiker zum «Brot für Brüder»-Präsidenten eigentlich auch das politische Lager gewechselt hat, oder hätte wechseln müssen: nämlich vom Lager der Machthabenden zum Anwalt der Unterdrückten.

Vor ein paar Jahren vermochte das Schweizerische Aktionskomitee «Brot für Brüder» noch Mitglieder wie Andreas Blum, Peter Braunschweig und Rudolf Strahm zu ertragen. Nach deren beruflich bedingtem Austritt ist es mit rechtsbürgerlichen Politikern aufgestockt worden, mit Regula Pestalozzi, Mitinhaberin eines auf Steuersparen spezialisierten Anwaltsbüros, und mit einem bürgerlichen Ständeratskandidaten aus Glarus.

Bedenklicher scheint mir noch das *neue Reglement für «Brot für Brüder»*. Es ist nicht mehr nur ein Regulativ, es ist eine bürokratische Zwangsjacke. Früher hieß es zum Beispiel im Zweckartikel für die Zielsetzung von «Brot für Brüder»: «Brot für Brüder arbeitet im Auftrag des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes ...» Jetzt heißt es im neuen Reglement von 1981: «Brot für Brüder ist ein W e r k des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes ...» Im besonders fragwürdigen Artikel 4 dieses Reglementes steht:

«Aktionen im Inland mit politischem Charakter wie Stellungnahmen zu Volksabstimmungen, Aufrufe zur Unterzeichnung von Petitionen, Initiativen, Referenden bedürfen des Einvernehmens mit dem Vorstand des Kirchenbundes. Kommt kein Einvernehmen zustande, so informieren der Vorstand des Kirchenbundes und das Schweizerische Aktionskomitee die Exekutiven der Mitgliedkirchen.»

Aus der *Aktion* «Brot für Brüder», der spontanen kirchlichen Informations- und Sammlungskampagne, wie sie Anfang, Mitte und Ende der sechziger Jahre durchgeführt wurde, ist eine *Filiale* der Amtskirche geworden. Und zwar eine weitere Institution neben dem HEKS und neben allen andern kirchlichen Institutionen.

Größere Autonomie ist nötig

Besser als diese Anbindung an den SEK wäre eine dezentralisierte Struktur, mit unabhängigen Entscheidungsmöglichkeiten, aber mit dem Ziel, in der Kirche und in die Kirche zu wirken. *«Brot für Brüder» sollte eine Lobby-Organisation für die Armen und Entrechteten werden.* Alle kirchlichen Hilfswerke sollten eine Art *Pressure group in der Kirche* sein, also ein Organ, das Druck ausüben kann und darf.

Das Postulat der Dezentralisation und Autonomie scheint mir derart wichtig, daß ich dabei etwas verweilen und dafür *vier Gründe* aufzählen möchte.

1. Dezentralisation wegen der Wirksamkeit

Dezentralisierte, autonome Strukturen sind viel wirksamer, sie erlauben mehr Beteiligung von aktiven Bürgern und Kirchenmitgliedern. Die Nationalfonds-Untersuchung über die «politische Aktivierung in der Schweiz» der Autoren Kriesi, Levy u. a. zeigt dies deutlich: Hinter den 6 200 politischen Ereignissen, die von 1945 bis 1978 untersucht worden sind, stehen mehr und mehr Gruppen und Bewegungen außerhalb der traditionellen Institutionen und Parteien. Die aktiven Bürgerinnen und Bürger arbeiten mehr und mehr in themenzentrierten Bürgerinitiativen, die eine gewisse Radikalität, eine emotionale Verstärkung zulassen. Gegenüber diesen Gruppierungen haben die traditionellen Parteien, die Institutionen und etablierten Vereine mehr und mehr ausgespielt.

Es sind vor allem auch diese von Institutionen unabhängigen Gruppierungen, die heute Bewegung in die Politik bringen, die Bewußtseins-Veränderungen schaffen, die Initiativen lancieren. Die etablierte Politik muß mehr und mehr auf solche Bewegungen Rücksicht nehmen.

Der Maulkorb-Artikel 4 im Reglement von «Brot für Brüder»

wirkt für diese Institution außerordentlich schwächend, denn ihre politische Wirksamkeit wird dadurch beschnitten. Jedermann in der «Berner Regierungsmechanik» weiß heute, daß «Brot für Brüder» einen Maulkorb hat. «Brot für Brüder» ist in der politischen Auseinandersetzung, bei einem Referendum etwa, fast ausgeschaltet. Da nützt es auch nichts, wenn die Hilfswerke treuherzig dem Bundesrat Briefe schreiben, mit ihm Aussprachen verlangen, wie wenn sie der «Vorort» wären, und sich von einem geschwätzigen Außenminister die Ohren vollreden lassen. Auf die politische Aktivierung von Bürgern und auf das Kräftespiel haben sie nicht den Einfluß, der von ihrem Auftrag her nötig wäre.

2. Immunisierung gegen politischen Gegendruck

Die *Aktion «Kirche wohin?»* hat sich seit langem auf die kirchlichen Entwicklungsorganisation eingeschossen. Das *«Schweizerische Ost-Institut»* (SOI), das *Büro Farner*, die *«Schweizerische Offiziersgesellschaft»* (SOG) und die vielen renommierten Agenturen der «Verdächtigungsindustrie» zielen darauf ab, die Entwicklungsorganisationen zu neutralisieren. Die «Neue Zürcher Zeitung», die sich stets auf die Volkskirche und den pluralistischen Charakter demokratischer Mehrheitsverhältnisse beruft, benotet auf ihre eigene Weise ständig den radikalen Appell der kirchlichen Hilfswerke.

Wer hat denn Angst vor der NZZ, der SOG, dem SOI? Es ist sicher nicht das Spenderpublikum. Es ist vielmehr die amtskirchliche Abhängigkeit der Hilfswerke, welche die Hilfswerke aufgrund dieses äußern Drucks neutralisiert. Vielleicht ist es auch der ständige Blick auf die Spendenergebnisse, also der materielle Ertrag als Erfolgskriterium, was von oben ständig nach Disziplinierung ruft.

Die breite Spenderschaft der Hilfswerke ist auf die Angriffe der SOG, der Aktion «Kirche wohin?» ziemlich immun. Ich behaupte: *Diejenigen, die in der Aktion «Kirche wohin?» sind, spenden längst nicht mehr für «Brot für Brüder», für das HEKS und die Entwicklungshilfswerke; sie spenden längst für «Glauben in der Zweiten Welt» oder für das «Evangelium für den Osten».* Das sollen sie auch weiterhin tun dürfen. Aber ihr Druck via kirchliche Amtsstrukturen auf die Solidaritätsarbeit der Hilfswerke muß ausgeschaltet werden. Er wird ausgeschaltet durch eine organisatorisch-strukturelle Unabhängigkeit.

3. Autonomie als kirchenpolitische Frage

Wer soll eigentlich *legitimiert* sein, in den Kirchen und an die Kirchenmitglieder für die «Aermsten in der Dritten Welt» Fürsprache zu leisten? Sollen es die kirchlichen Behörden sein? Soll es ein Kirchenbundsvorstand sein, der den Maßstab — wie jetzt reglementiert worden

ist — letztlich festlegt? Ist eigentlich die Kirche nur zu verstehen als «*die verfaßte Institution mit ihren Mitgliedern, Mitarbeitern und Behörden*», — wie dies Pfarrer Reinhard Kuster, Kirchenbunds-Vizepräsident und NZZ-Hofschreiber postuliert (vgl. NZZ vom 31. Dezember 1981)?

Machen Sie eine Umfrage bei hundert Schweizern, und fragen Sie sie, ob sie wissen, wer «Brot für Brüder» und wer der Kirchenbundsvorstand ist: achtzig oder neunzig Prozent würden «Brot für Brüder» dem Namen nach kennen und dem Hilfswerk auch eine Legitimation, für die Dritte Welt Stellung zu nehmen, zubilligen. Aber achtzig oder neunzig Prozent würden nicht wissen, wer der SEK-Vorstand ist. Und dieser kleine Verein soll nun den Maßstab dafür geben, was «Brot für Brüder» politisch sagen darf?

Die Legitimation, für eine bestimmte Sache — diesmal für die Unterdrückten in der Welt — zu sprechen, läßt sich nicht einfach aus einer Delegationsdemokratie ableiten. Die Spender und Informationsempfänger, die den Appell für die Solidarität hören sollen, identifizieren sich mehr und besser, wenn der Appell klar und deutlich ist. Sie identifizieren sich mehr, wenn er von «Brot für Brüder» kommt, als von einer kirchlichen Behörde.

Auf allen engagierten Gruppen in der Kirche lastet ständig der *Vorwurf der Orthopraxie,* daß nämlich in der pluralistischen Volkskirche eine allein richtige Antwort unzuläßig sei. Dieser Vorwurf wäre hinfällig, würde sich «Brot für Brüder» als Minderheit, als Lobby-Gruppe für die Armen darstellen, anstatt als quasi-gouvernementale Institution!

4. Dezentralisierung für größere personelle Autonomie

Solange der Zentralsekretär von «Brot für Brüder» durch den SEK-Vorstand gewählt wird, zählen einige wenige Vorstandsmitglieder mehr als zehntausend Spender und ein Dutzend ökumenischer Texte. Solange das Aktionskomitee von «Brot für Brüder» durch die Amtskirche von oben eingesetzt wird und weder Spender noch Hilfeempfänger etwas zu sagen haben, solange gilt bei der Beurteilung der «Agenda» ein NZZ-Urteil mehr als das Empfinden von hunderttausend Lesern.

Solange auf katholischer Seite eine Handvoll CVP-Prominenzen das Sagen hat, können die vielen Ideen der katholischen Soziallehre dort nicht zum Tragen kommen. Solange im evangelischen Raum die kirchlichen Behörden immer wieder zum Abstellgeleise abgetakelter Politiker werden, wird der Glaubwürdigkeit kirchlicher Arbeit und der Identifikation engagierter Christen immer wieder Abbruch getan.

Konkretisierungen

Ich habe sehr lange bei der Frage der Zentralisation und Dezentralisation verweilt. Ich habe sie auf der schweizerischen Ebene gestellt, aber man kann sie ebenso auf kantonaler oder kommunaler Ebene bei den Hilfswerken neu stellen. Der Pfarrer in der Kirchgemeinde sollte nicht, oder nicht allein, das Tempo für die Entwicklungsarbeit in der Kirchgemeinde geben dürfen. Er sollte nicht der einzige Schrittmacher sein. Aber die Entwicklungshilfe sollte auch nicht — was ebenfalls vorkommt — einfach der schwächsten Figur im Kirchgemeinderat überlassen werden, die sich dann kaum durchzusetzen weiß.

Was können nun die obigen Ueberlegungen für «Brot für Brüder» zum Beispiel konkret bedeuten? — Man sollte dahin arbeiten, daß «Brot für Brüder» wieder unabhängiger, seine Arbeit wieder dezentraler wird. «Brot für Brüder» könnte eine *eigene Rechtsform* bekommen, sich als Verein oder als Genossenschaft darstellen. Darin könnten die Basisgruppen, die Kantonalkirchen u n d die amtskirchlichen Delegierten gemeinsam die Arbeit gestalten.

«Brot für Brüder» könnte auch die Hilfeempfänger der Dritten Welt vermehrt einbeziehen, im Sinne einer echten Partnerschaft. Natürlich sollte es dann nicht allein der Funktionär der Kirche von Kamerun oder irgendwo sonst sein, der professionell für die Akquisition von Spendengeldern aus Europa zuständig ist.

Wenn eine eigenständige Rechtsform derzeit nicht möglich ist: Könnte man nicht *auf privater Basis einen Unterstützungsverein für «Brot für Brüder» oder eine Art Spendervereinigung «Brot für Brüder» schaffen?* Eine solche private Gemeinschaft könnte «Brot für Brüder» unterstützen und gleichzeitig als kritischer Dialogpartner den kirchlichen Behörden gegenüber auftreten. Sie könnte die praktische Arbeit im Felde und die Informationsarbeit bei uns kritisch verfolgen. Sie könnte eine politische Beschützerin, ein Gegengewicht gegen infame Angriffe und Verdächtigungen sein.

Eigene Wege gehen

Ich habe darauf verzichtet, eine inhaltliche Forderungsliste aufzustellen, gewissermaßen ein «Tischlein-deck-Dich» mit allen wünschbaren Dingen. Ich habe auch darauf verzichtet, über die Hilfepraxis und über die konkreten Entwicklungsprojekte zu sprechen. Ich habe vielmehr *über unsere eigenen Strukturen und über unsere hiesige Arbeitsweise gesprochen. Denn die Lauheit der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit krankt ja nicht am Mangel an Wissen, sondern an der innenpolitischen Blockierung der Arbeit.*

Sehr viele Christen, die sich für die Entwicklungszusammenarbeit herausgefordert fühlen, sind ein bißchen müde von der ständigen Balgerei mit den bestehenden Organen, mit dem Kirchgemeinderat, dem Synodalrat oder mit der Finanzplatz-Kirche. Der Weg aus dieser Resignation kann vielleicht darin bestehen, daß viel mehr *eigenständige Aktionen*, eigene Veranstaltungen, eigene Flugblätter und eigene Artikel produziert werden. Vielleicht sollten kirchgemeindliche Aktionsgruppen sogar wieder ihr eigenes Projekt aus der Liste auswählen und darüber auf eigene Weise informieren.

Diese Forderungen sind keine Aufrufe zur Sabotage. Sie wollen nur ermutigen: *Schafft etwas Neues, statt euch an bestehenden Strukturen lahmzuwetzen!*

Veränderung ungerechter Strukturen und Gewinnung neuer Spender setzt *Mobilisierung* voraus. Mobilisierung wiederum setzt voraus, daß eine emotionale Betroffenheit möglich ist. Sie setzt voraus, daß man sich mit Zielen identifizieren kann, daß man mitgestalten kann, daß ein Freiraum vorhanden ist.

Freiräume sind nur in dezentralisierten Strukturen möglich und sinnvoll — das gilt in der Entwicklungspraxis der Dritten Welt genauso wie bei der Solidaritätsarbeit bei uns. So haben die Berner «Arbeitsgruppe Dritte Welt» und mit ihr viele andere entwicklungspolitische Gruppen anfangs der siebziger Jahre drei wichtige *Arbeitsleitsätze* für die Entwicklungsarbeit als wichtig empfunden und eingeübt, nämlich: Selbstorganisation, gemeinsamer Lernprozeß, Vita communis.

Für die Arbeit der Hilfswerke und der Basisgruppen in den Kirchen müßten immer neu diese Fragen gestellt werden:

1. Wo und wie ist *Selbstorganisation* möglich?
2. Wie wird in Aktionsgruppen ein *gemeinsamer Lernprozeß*, eine gemeinsame Erfahrung möglich?
3. Wo wird *Vita communis*, ein Wegstück Zusammenleben, möglich?

Diese Fragen für sich selber, für den eigenen Handlungsbereich, für die Gruppe stellen, ist ergiebiger als die ständige Rauferei mit dem Kichenbundsvorstand oder dem Kirchgemeinderat. Es sind drei Fragen, die für unsere Arbeitsweisen und Strukturen genau so wichtig sind wie für die Entwicklungsarbeit in der Dritten Welt.

Was wird aus dem christlichen Glauben, wenn Christen in der Liturgie das Brot teilen, gleichzeitig aber Millionen von Menschen verhungern lassen . . .? Wie glaubwürdig ist das Christentum, wenn Christen in der Kirche den Tod eines Gekreuzigten feiern, in der Welt draußen aber an das Gesetz des Stärkeren glauben?

(Arbeitsgruppe Kirche der Erklärung von Bern:
Kirche und Entwicklung — für ein politisches Gespräch, Mai 1982, S. 6)